

Stadt Amberg

Marktplatz 11
92224 Amberg



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	006/0013/2005
	Erstelldatum:	25.05.2005
	Aktenzeichen:	Ref 6 fi/ne
Verstaatlichung der Städt. Wirtschaftsschule Friedrich Arnold		
Referat für Kultur, Sport und Schulen Verfasser: Thomas Boss		
Beratungsfolge	21.06.2005	Schul- und Sportausschuss
	14.07.2005	Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, erneut die Verstaatlichung der Städtischen Wirtschaftsschule Friedrich Arnold zu beantragen.

Sachstandsbericht:

Die Stadt Amberg hat bereits im April 1970 einen Antrag auf Verstaatlichung der Städt. Wirtschaftsschule Friedrich Arnold (früher Städt. Handelsschule Amberg) an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus gestellt. Begründet wurde der Antrag mit den enormen städtischen Investitionen sowie den großen finanziellen Belastungen durch erheblich gestiegene Personal- und Sachausgaben im Schulbereich und der vergleichsweise geringen Steuerkraft der Stadt Amberg.

Seit 35 Jahren wartet die Stadt Amberg nunmehr auf die Verstaatlichung der Städt. Wirtschaftsschule Friedrich Arnold. Gegenwärtig liegen dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus 85 Anträge auf Verstaatlichung kommunaler Schulen vor. In Bayern gibt es laut Bayerischer Städtetag rund 420 kommunale Schulen, die den Freistaat Bayern um schätzungsweise rund 200 Millionen Euro pro Jahr entlasten. Die staatlichen Personalkostenzuschüsse für kommunale Schulen sind seit Jahren unzureichend. So betrug zum Beispiel der Lehrpersonalaufwand 2004 der Städtischen Wirtschaftsschule Friedrich Arnold ca. 2 Mio.-- € und der staatliche Lehrpersonalausgleich 2004 knapp 1 Mio.-- €, das sind rund 50 %.

Der Parteitag der CSU hat im November 2004 den Beschluss gefasst, die Staatsregierung und den Landtag aufzufordern, ein Programm zur stufenweisen Übernahme kommunaler Schulen in staatliche Trägerschaften zu entwickeln. In der Begründung wurde darauf hingewiesen, dass eine Übernahme durch den Freistaat schon im Interesse einer klareren Aufgabentrennung sinnvoll sei. Daneben sprächen auch fachliche Gründe für die staatliche Trägerschaft. Zu nennen seien zum Beispiel die einheitliche Schwerpunktplanung der Schulprofile, eine flexiblere Personalplanung durch den größeren staatlichen Lehrkörper sowie eine leichtere Raumbewirtschaftung bei staatlicher Trägerschaft aller Schulen.

Der Schulausschuss des Bayerischen Städtetags hat das Kultusministerium um nähere Details gebeten. Ein Konzept zur Verstaatlichung soll laut Kultusministerium in den nächsten 2 Jahren erarbeitet werden, wobei die Präferenz bei den allgemein bildenden Schulen liege.

Am 11. Dezember 2004 erklärte Kultusstaatssekretär Karl Freller, man plane den „allmählichen Einstieg“ in die Umwandlung kommunaler in staatliche Schulen.

Herr Freller stellte zwei Übernahmemodelle in den Raum:

1. Aus den Schulen ausscheidendes kommunales Personal durch staatliches Personal zu ersetzen. Städtisches Lehrpersonal könne in größerem Umfang nicht übernommen werden.
2. Verstaatlichung von Schulen gemäß dem Zeitpunkt Ihrer Antragsstellung der Reihe nach.

Die Stadt Amberg könnte dabei auf Grund des seit 1970 vorliegenden Antrags mit als erste berücksichtigt werden, wobei erst ab dem Jahr 2007 (lt. Finanzministerium erst 2009) mit dem Beginn des Umwandlungsprozesses zu rechnen sei und entsprechende Haushaltsmittel erst bereitgestellt werden müssten.

Nach unserer Auffassung wäre für die Stadt Amberg das zweite Modell die beste Lösung, wird aber auf Grund der Vorstellungen sowohl des Kultus- als auch des Finanzministeriums wohl nicht realisierbar sein.

Die Alternative ausscheidendes kommunales Personal durch staatliches zu ersetzen, wäre bei der momentanen Personalsituation an der Städt. Wirtschaftsschule Friedrich Arnold ein langer Prozess. Bei einem angenommenen Pensionsalter von 65 Jahren, käme es in den nächsten Jahren zu wenig Versetzungen in den Ruhestand (2006 1, 2013 2, 2014 und 2015 je 1 und 2016 2 Lehrkräfte).

Vielleicht gelingt es, einen Kompromiss mit dem Kultusministerium zu vereinbaren. Da die Stadt Amberg eine der ersten Antragssteller auf Verstaatlichung war, könnte sich das Kultusministerium auf folgenden Vorschlag einlassen:

Jedes Jahr werden 10 % des vorhandenen Personals und alle Neueinstellungen „verstaatlicht“. Auf diese Weise käme es zu einem finanziell überschaubaren Übergang innerhalb von 10 Jahren sowohl für den Freistaat als auch für die Stadt Amberg.

(Unterschrift Referatsleiter)